

## 2.2.5 Wirkungen der Sozialtransfers

Ohne die sozialen Transfers wären in Österreich 43 von 100 Personen, also fast die Hälfte, armutsgefährdet. Durch die Pensionszahlungen wird die Armutsgefährdungsquote auf 23% und durch die Auszahlung der übrigen Sozialleistungen auf 12% reduziert.



Auch nach Auszahlung der Pensionen wäre eine von vier Personen in Österreich ohne Sozialtransfers armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsgrenze liegt laut internationaler Definition bei 60% des Medianeinkommens.

Die Auszahlung von Sozialleistungen bewirkt in Österreich überwiegend eine *horizontale Einkommensumverteilung* – zum Beispiel von Gesunden zu Kranken, von Erwerbstätigen zu Nichterwerbstätigen und von Personen ohne Kinder zu Personen mit Kindern. Durch den hohen Anteil an Versicherungs- und universellen Leistungen haben die Sozialleistungen auf die vertikale Umverteilung von einkommensstarken zu einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen einen kleineren Effekt, wenngleich die Leistungen natürlich auch sozial Schwächeren zugutekommen und für diese auch von wesentlicher Bedeutung sind.

In der Diskussion um die Finanzierbarkeit und den möglichen Reformbedarf des Sozialstaates stehen Wirkung, Treffsicherheit und Effizienz von Transferleistungen im Fokus der Öffentlichkeit. Laut aktuellen Ergebnissen des *WIFO*<sup>38</sup> hat der Staat in Österreich mit einer Abgabenquote (Steuer- und Abgabenanteil des BIP) von gut 42% und einer Staatsausgabenquote von 48,5% ein hohes Umverteilungspotential.

### Treffsicherheit

Die in den letzten Jahren immer häufiger gestellte Frage nach der Treffsicherheit der Ausgaben von Transferleistungen muss gemeinsam mit der Frage nach der Treffsicherheit staatlicher Einnahmequellen gestellt werden und damit eine grundsätzliche Verteilungsdebatte einleiten.

Der Faktor Arbeit ist am stärksten durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge belastet. Diese Abgaben sind nicht nur deutlich höher als jene auf Gewinn- und Besitzeinkommen, sondern sind auch stärker gestiegen. Niedere und mittlere Einkommen sind besonders belastet, höhere Einkommen und Vermögensgewinne weniger. Eine sinkende Lohnquote wirkt sich demnach nicht nur auf die Einkommen, sondern auch auf die Staatseinnahmen aus.

Ausgabenseitig können die Aktivitäten der öffentlichen Haushalte die Ungleichheit der Markteinkommen jedoch deutlich verringern. Sie wirken sowohl horizontal als auch vertikal umverteilend. So hat das untere Drittel der Nicht-Selbständigenhaushalte einen Anteil von 14% am Markteinkommen und bezieht 43,5% der Transferleistungen. Dem mittleren Drittel mit einem Anteil am Markteinkommen von 29% kommen 31,5% und dem obersten Einkommensdrittel mit 57% der Markteinkommen immer noch 25% der Leistungen zugute. Leistungen der Arbeitslosenversicherung und bedarfsgeprüfte Leistungen unterstützen vermehrt einkommensschwache, universelle Leistungen werden von allen in Anspruch genommen.

<sup>38</sup> Guger, Alois et al. (2009): Umverteilung durch den Staat in Österreich, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

## Verteilungsgerechtigkeit in Österreich

Mag. Alois Guger, *WIFO*

Die Ungleichheit der Markteinkommen wird durch die Aktivitäten des Staates deutlich verringert. Die staatliche Umverteilung erfolgt in Österreich aber nur über die Staatsausgaben. Die Staatseinnahmen – Steuern und Sozialversicherungsbeiträge – wirken kaum umverteilend. Sie belasten alle Einkommensschichten in Relation zum Einkommen fast gleich: Die progressive Wirkung der Einkommensteuern wird durch die regressive Wirkung der Sozialversicherungsabgaben und der Steuern auf Güter und Dienstleistungen, die niedrige Einkommen stärker belasten, weitgehend kompensiert.

In den österreichischen Sozialsystemen dominieren das Versicherungsprinzip und horizontale Verteilungselemente. Diese zielen vorrangig auf eine Umverteilung über den Lebenszyklus ab und kommen langfristig allen Einkommensschichten in gleichem Maße zugute; trotzdem wirken die Sozialausgaben kurzfristig auch vertikal – von hohen zu niedrigen Einkommen – stark umverteilend und reduzieren die Armutsgefährdung substantiell.

Obwohl in den letzten Jahrzehnten durch die steigende Anzahl an

Teilzeit- und prekär Beschäftigten auf der einen Seite und die starke Zunahme der Vermögenserträge und Spitzenverdienste auf der anderen Seite die Streuung der Primär- oder Markteinkommen deutlich gestiegen ist, blieb die Sekundärverteilung – also die Verteilung der Nettoeinkommen unter Berücksichtigung der staatlichen Umverteilung über Steuern und monetärer und realer Transfers – weitgehend stabil.

Angesichts der Wirtschaftskrise steht die staatliche Umverteilungspolitik vor großen Herausforderungen: Zum einen verstärkt die Krise die Ungleichheit der Markteinkommen und den Bedarf an sozialem Ausgleich, zum anderen stehen die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren vor einem beträchtlichen Konsolidierungsbedarf. In den notwendigen Reformschritten wird zu berücksichtigen sein, dass Einschränkungen im staatlichen Leistungsangebot – insbesondere im Sozialbereich – die niedrigen Einkommensgruppen überproportional treffen, während die Finanzierung des Staates derzeit nicht nach der Leistungsfähigkeit der BürgerInnen, sondern äußerst vermögensschonend erfolgt. ■



digitalstock: Uwe Malitz